



## Digitales Kolloquium

# Prof. Gabriel Felbermayr: Der New Green Deal in der Corona-Krise

### Prof. Gabriel Felbermayr im Portrait

Gabriel Felbermayr ist seit März 2019 Präsident des Instituts für Weltwirtschaft (ifW). Gleichzeitig hat er eine Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel inne.

Seine Forschungs- und Beratungstätigkeit konzentriert sich auf Fragen der ökonomischen Global Governance, der europäischen Wirtschaftsintegration und der deutschen Wirtschaftspolitik.

Gabriel Felbermayr hat verschiedene Rollen und Positionen inne. Die wichtigsten sind: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie; Mitherausgeber, European Economic Review; Assoziierter Herausgeber, Zeitschrift der European Economic Association.



### Fachlicher Input

#### Abstract

Wir durchleben den stärksten Wirtschaftseinbruch der Nachkriegsgeschichte. Noch nie hat der deutsche Staat in einem Jahr so viele Schulden gemacht; noch nie war er so mächtig. Soll er in der Krise nur Strukturen aus der Vergangenheit retten, oder die Zukunft aktiv gestalten? Er muss beides tun. Dabei darf er aber ordnungspolitische Grundsätze und die Besonderheit der aktuellen Krise nicht außer Acht lassen. Auch die Klimapolitik der Corona-Zeit und danach erfordert vor allem Konsistenz, Planungssicherheit und Kooperation mit dem privaten Sektor.

#### Einführung

- Selten gab es einen so intensiven Austausch zwischen Wissenschaftlern und Politik. In dieser Krise bekommen erstere Aufmerksamkeit in besonders hohem Ausmaß
- Allerdings ist zu befürchten, dass die Zeit der wissenschaftlichen Berater in der Politik schon fast vorbei ist und der Lobbyismus bald die Oberhand gewinnen könnte
- Offizielle Corona-Statistik weltweit (Stand 21.04.2020)
  - Alle Fälle: 2.578.205
  - Aktive Fälle: 1.694.300
- „Hammer“ (Restriktionen) und später „Dance“ („Welche Tanzschule brauchen wir, um die Infektionen niedrig zu halten?“)
- Die Krise sollte nicht als „neues Normal“ bezeichnet werden. Dieses Narrativ ist nicht zielführend, es wird eine Zeit danach geben, permanente Schäden gilt es zu verhindern.
- Die Verdopplungszeit in Deutschland steigt
  - Für Einstieg in einen kontrollierten Ausstieg aus dem Lockdown brauchen wir: 1. Verbindliche Regeln, kein Mikromanagement, 2. Regionale Differenzierung

#### Kieler Szenarienrechnungen zum BIP (Stand: 19.3.2020)

- Warum V? (kurzfristiger Einbruch, schnelle Erholung)
  - Rezession nicht aus üblichen Gründen, insb. nicht wegen Nachfrageklücke, sondern eher als „behördliche Verordnung“ („Wir haben Nachfrager abgestellt“)
  - Während Shutdown fließen nominale Einkommen für viele weiter; Ersparnis steigt; entlädt sich nach Shutdown in erhöhtem Konsumverhalten
- Oder doch U-Entwicklung? (Langsamere Erholung) Dann:
  - Politik kann nominale Einkommen nicht stabilisieren
  - Permanenter Verhaltensschock (Vorsichtssparen)
  - Dauerhafte Schäden im Produktivsystem
  - Regionale Asynchronizität

#### Weltwirtschaft

- Globale Rezession (ganz anders als 2009)
- Welthandel: - 25% bis - 33%
- Kapitalverkehr: - 40%
- Schuldenkrisen in Schwellenländern
- Starke Zunahme der sozialen Ungleichheiten, vor allem was Möglichkeit zum Konsum angeht

## Fiskalische Corona-Maßnahmen

- zusätzliche Verschuldung unumgänglich

## Wichtige Indikatoren zur Einschätzung der Situation

- Stromverbrauch in Deutschland
- In den letzten Tagen wieder leicht gestiegen – ist eine Wende absehbar?
- Preis EU-Emissionszertifikate: stark gesunken, dann aber auch wieder gestiegen. (möglicher Grund: Konjunkturoptimismus)
- Grundpfeiler der EU Klimapolitik funktionieren
- Ölpreise in der Krise
- Globale Rezession sichtbar

## Zeit für Stabilisierungspolitik

- Wir haben keine eigentliche Wirtschaftskrise, sondern die Effekte eines behördlich verfügten Shutdown, vor allem keine Krise des marktwirtschaftlichen Systems
- Stabilisierungspolitik: mit allen Mitteln ermöglichen, dass der temporäre Shutdown keine permanenten Schäden hinterlässt (Lastenausgleich!). Das kostet richtig Geld.
- Shutdown ist kein Anlass für Konjunkturpolitik, schon gar nicht für branchenspezifische (z.B. Abwrackprämie oder Umsatzsteuersenkungen)
- Shutdown ist kein Anlass, langfristige Weichenstellungen ad hoc umzustellen:
  - Verteilungs- und Steuerpolitik
  - Klima- und Energiepolitik: Kurs halten!
  - Es zählen vor allem Planbarkeit und Verlässlichkeit
  - Wettbewerbs- und Industriepolitik
  - Planbare und konsistente Investitionspolitik
  - Kein Helikoptergeld
  - Steuerpolitik:
  - Negative Gewinnsteuer
  - Wegfall des Solidaritätszuschlages

## Rolle der Globalisierung

- Welthandel und globale Kapitalmärkte sind nicht schuld an der Pandemie; sie machen die Welt nicht fragiler, genau das Gegenteil ist richtig. Aber:
- Pandemie legt unternehmerische und politische Fehler offen:
  - Abkehr vom Second Supplier Principle: fragile Lieferketten
  - Falsche Anreize im Gesundheitssystem: zu wenig Lagerhaltung, zu wenig Liefersicherheit
- Verfolgung von Autarkiezielen ist unsinnig (unrealistisch, unverlässlich und teuer)
- Politik sollte Grenzen offenhalten und Friktionen minimieren
- Vertrauen stärken und rechtlich absichern statt ad hoc Exportkontrollen oder Schuldzuweisungen
- Freien Warenverkehr unbedingt aufrechterhalten
- Vertrauen sollte auch durch Freihandelsabkommen gestärkt werden

## Rolle Europas

- EU ist in einer existentiellen Krise: mangelnde Kooperation!
- Aber nicht im Krieg. Terminus Wiederaufbauprogramm weckt falsche Assoziationen
- Europäische Fiskalkompetenz, aber nur für wohl definierte europäische öffentliche Güter und für einen Katastrophenfonds
- Forschungskoooperation stärken, in allen Bereichen: Um- und Ausbau des EU Budgets
- Mit IPCEIs (Important Projects of Common European Interest) zurückhaltend umgehen: Infrastruktur wichtiger als konkrete industriepolitische Projekte
- Nicht das europäische Wettbewerbsrecht aushebeln
- Auch in der EU gilt bei Klima- und Energiepolitik: Kurs halten!

## Diskussion & Impulse

### Kurshalten

- Kurs halten ist in der Situation grundlegend gut, aber kann man natürlich nur, wenn ein Kurs vorhanden ist
- Beispiel: EU Green Deal - der Kurs ist noch nicht in ausreichendem Maße ausdifferenziert
- Nötiges Konjunkturpaket sollte unterschiedliche Stoßrichtungen priorisieren, da die Auswirkungen der Krise unterschiedlich ausfallen werden
- Ein Großteil der Wirtschaft wurde nicht behördlich geschlossen, sondern auf Grund von Ausfällen in den Lieferketten
- Lieferketten werden nicht durch Helikoptergeld wiederhergestellt

### Szenarien des Pandemieverlaufs

- Instrumente hängen von der Betrachtung der Krise ab - welchen Verlauf legt man zugrunde?
  - V-Kurve: kurzfristig
  - U-Kurve: mittelfristig
  - L-Kurve: langfristig
- Während der Referent zu einem kurz- bis mittelfristigen Verlauf tendiert, gehen mehrere Diskutierende eher von einem mittel- bis langfristigem Verlauf aus
- Das führt zu unterschiedlichen Ansätzen
- Beispiel: in der „V-Welt“ wäre es ein neutraler Ansatz, kurszuhalten und den Status-Quo zu verfolgen. Bei einem langgezogenen U oder L müssen angestoßene Transformationsprozesse weitergehen. Welche Vorschläge gibt es für diese Perspektive?

### Mikromanagement

- Nicht den Fehler des Mikromanagements machen – gleichzeitig regionale Differenzierung zulassen
- Stattdessen Gießkannenprinzip? Wie soll z.B. mit der Tourismusbranche umgegangen werden? Zum Teil gibt es keine „Aufhol-effekte“, Geschäft fällt einfach weg
- Nicht alle Insolvenzen sind auf die Krise zurückzuführen – nicht alle Unternehmen sind zu retten, wenn sie schon vorher keine Gewinne gemacht haben („Insolvenzen werden gebraucht“),
- Nötig: Lastenausgleich für Unternehmen um Eigenkapital zu stärken um langfristig Konjunktur zu stabilisieren, z.B. eine negative Gewinnsteuer wäre eine Maßnahme um entgangene Betriebsüberschüsse zu kompensieren. Hierbei Branchendurchschnitt zugrunde legen.
- Allerdings ist Gewinnkompensation in einigen Branchen der falsche Weg, beispielsweise im Kontext von Saisonkräften
- Internationale Verknüpfungen bedenken

### Europa

- Europäische Fiskalpolitik für europäische Güter
- Europäisches Wettbewerbsrecht ist nicht resilient und ist für einen stabilen Markt ausgelegt – nicht bei jeder Krise neu denken, sondern langfristige resiliente Regeln finden
- EU-Green Deal hat noch keine scharfen Konturen, muss weiter geschärft werden
- Europäischer Pandemieplan: mehr Kompetenzen/Koordination auf europäischer Ebene notwendig
- viele effizienzschädigende Maßnahmen wurden getroffen (Grenzschließungen, Exportstopp von medizinischen Gütern, etc.)
- hinsichtlich der Fehler, darauf achten, dass die EU nicht auseinanderbricht in den nächsten Wochen/Monaten
- Europäische Forschungsinitiativen stärken, hier liegt der größte europäische Mehrwert

- Auch europäische Strukturen im Bereich der Stromnetzentwicklung wären wichtig – Entwicklungsbedarf
- Europäische Gemeinschaftsgüter stärken
- Das Europäische Parlament sollte ebenfalls Budgethoheit bekommen

### CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich

- Wichtige Debatte zum aktuellen Zeitpunkt, zur außenwirtschaftlichen Absicherung,
- Sollte nicht zu Handelskriegen führen
- Mechanismen noch zu definieren
- Emissionshandel muss europäisch gedacht werden (Preiskorridore sind vorstellbar)

### Autarkie vs. Souveränität

- Debatte muss geführt werden – die Welt ist im Systemwettbewerb, das zeigt die Krise und der Kampf wird auf die Handelsbeziehungen verlagert
- Wie maximieren wir die globale Wohlfahrt im Kontext von Rivalitäten („my country first“) und der Angst, von anderen überholt zu werden?
- Verzicht auf Agrarhandelsbarrieren
- Vorschlag vom Referenten: Solidaritätsbeitrag grundlegend abschaffen, Steuersystem überarbeiten (Einkommenssteuer)

### Chancen

- Deutschland hat einen guten Forschungssektor und dieser sollte durch Investitionen gestärkt werden um langfristige Effekte zu erzeugen
- „Schnelldurchlauf der Digitalisierung“
- Ausbau des „Digital-Conferencing“: spart nicht nur CO<sub>2</sub> und Geld, sondern schafft auch neue Möglichkeiten des hochrangigen internationalen Austauschs
- Ist Home-Office gut für die Produktivität? Erfahrungen können uns bereichern

### An der Livediskussion beteiligten sich u. a.:

**Dr. Susanne Dröge** – SWP Stiftung Wissenschaft und Politik

**Dr. Patrick Graichen** – Agora Energiewende

**Prof. Veronika Grimm** – FAU Erlangen-Nürnberg

**Dr. Brigitte Knopf** – MCC

**Dr. Lukas Köhler** – MdB, FDP

**Andreas Kuhlmann** – dena (Moderation)

**Jörg Lange** – CO<sub>2</sub> Abgabe e.V.

**Dr. Felix Matthes** – Öko-Institut (aus dem Zug zugeschaltet mit guter Videoverbindung – ein Hoch auf die Digitalisierung!)

**Hanne May** – dena (Chat-Moderation)

**Prof. Martin Neumann** – MdB, FDP

**Johann Saathoff** – MdB, SPD

**Prof. Christoph Schmidt** – RWI

**Dr. Michael Thöne** – FiFo Köln

**Prof. Achim Wambach** – ZEW

### #dK2020-4: “Takeaways”

- Die Wahl adäquater Instrumente hängt stark von der Perspektive hinsichtlich des Pandemieverlaufs und des erwarteten Ausmaßes der Krise ab (V, U, L...).
- Wir wissen nicht, wie lange die Krise andauert. Von der Dauer der Krise wird abhängig sein, welchen Umfang die Maßnahmen zur Krisenbewältigung haben müssen (Abwägung zwischen Art und Richtung von Kurzfristmaßnahmen und möglichen, langfristigen Konjunkturprogrammen)
- Verteilungsdiskussionen müssen geführt werden, Bevölkerung ist ungleich betroffen von der Krise (Kurzarbeiter vs. Rentner oder (Hochschul-)Lehrer), dementsprechend auch die Fähigkeit, aus eigener Kraft die Krise zu bewältigen.
- Keine pauschalen Forderungen nach Autarkie: Diskussion notwendig, in welchen Bereichen höhere (nationale/europäische) Souveränität gewollt ist und wie sie erreicht werden kann
- Bei der Autarkiedebatte geht es viel um Vertrauen in internationale Zusammenarbeit und internationale Institutionen. Das war auch schon vor der Krise der Fall, dringende außen- und wirtschaftspolitische Aufgabe!
- In jedem Fall ist kein Zickzackkurs wünschenswert, sondern langfristig verlässliche Maßnahmen, staatliche Stabilisierungsmaßnahmen sollten dafür sorgen, Planungssicherheit herzustellen
- EU-Perspektive sollte viel mehr in den Fokus genommen werden in der deutschen Debatte; reale Gefahr für ein Auseinanderbrechen des Binnenmarktes im Falle eines EU-Austritts Italiens gilt es im Interesse Deutschlands abzuwenden
- Reformbedarf der EU-Institutionen und der Regeln des europäischen Binnenmarkts war ebenfalls schon vor der Krise überfällig und wird durch sie verschärft. Die Bedeutung des europäischen Binnenmarkts ist z.B. beim Thema Lieferketten noch mal offensichtlicher geworden
- Klimapolitisch ist die Maxime „Kurs halten“: Keine Rücknahme von Entscheidungen, begonnene Prozesse und Dynamiken weiterführen. Daraus können sich Konflikte ergeben, die ebenfalls thematisiert werden müssen (z.B. Reform/Nachschräufung des EU ETS vs. mögliche Kurzfristeffekte von Konjunkturmaßnahmen)
- Sinnhaftigkeit von (grünen) Konjunkturprogrammen bedarf genauerer Analyse in den Sektoren. Wichtiger: Die vor der Krise beschlossene Richtung aufrecht zu erhalten
- Wichtiges Thema CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich: Gehört zum „Kurs halten“ dazu, Diskussion zur inhaltlichen Ausgestaltung muss weitergehen.
- Europäische PCI-Projekte: Infrastruktur ist wichtiger als Industriepolitik, sollte im Fall von gemeinsamen, europäischen Konjunkturmaßnahmen priorisiert werden (z.B. Stromnetzausbau)
- Die Richtung aus der Krise muss durch die Politik vorgegeben werden, z.B. bei CO<sub>2</sub>-Preis. Die nötige Forschung & Entwicklung und muss dann aus den Branchen selbst kommen, (z.B. Autoindustrie.)